



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/21 - 25. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 16 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kirchenkampf in der Sowjetzone	S. 1
Zwischen Casablanca und dem Persischen Golf	S. 3
Wert und Schwächen der Fragestunde	S. 5
Aus Anlass des 27. Januar in Prag	S. 6
Zum Tode von Max Denker	S. 8

Erster Schritt Pankows zur Kirchenspaltung

E.Z. Berlin

Die vom Pankower Innenministerium gegen die Evangelische Bahnhofsmission getroffenen Massnahmen, die in der Verhaftung von einigen leitenden Mitgliedern in einzelnen sowjetzonalen Städten und in der sofortigen Kündigung von Räumen auf Ostberliner Bahnhöfen bestehen, gehen weit über die bisher üblichen Schikanen der SED-Regierung gegen die Evangelische Kirche hinaus. In dem schriftlichen Protest, den Bischof Dibelius kurz vor seiner Abreise zur Weltkirchenratstagung in Australien bei Ministerpräsident Grotewohl einlegte, ging die oberste Kirchenleitung allerdings nicht auf die tiefere Bedeutung dieser neuen SED-Massnahme ein. Aber gerade die hinter der neuen Pankower Aktion sich verbergenden politischen Absichten geben der ganzen Angelegenheit den Charakter von Zwangsmassnahmen, die nicht mehr allein in der Linie des SED-Kampfes gegen die Kirche rangieren, sondern unter der Perspektive der gesamtdeutschen Politik gesehen werden müssen.

Der als Rechtfertigung der Pankower Massnahmen von Presseamt der Ostberliner Regierung gemachte Versuch, die von der Ev. Bahnhofsmission in der Zone angefertigten Statistiken und Berichte über Ankunft und Abfahrt von Kranken-, Kinder- und Kriegsgefangenentransporten der Sowjetzonalen Eisenbahn, das Anlegen von Besucherkarteien in den einzelnen Dienststellen der Mission usw. als Spionage für den Westen

hinzustellen, verliert an Bedeutung gegenüber der praktischen Schlussfolgerung, die Pankow daraus zieht. Das Ministerium des Inneren hat mit sofortiger Wirkung den Mitarbeitern der evangelischen Bahnhofsmission jede Verbindung mit Westberlin und Westdeutschland untersagt und die Kontrolle über die Einhaltung dieser Bestimmungen den sowjetzonalen Polizeiorganen übertragen. Da die Leitung der Ev. Bahnhofsmission ihren Sitz in Westberlin hat, bedeutet die künftige Unterbindung des Verkehrs mit den vorgesetzten Dienststellen im Westen einen ersten Schritt zur Spaltung jener einzigen, zur Zeit noch bestehenden gesamtdeutschen Organisation.

Es ist kein Geheimnis, dass massgebende politische Kreise in Berlin-Pankow, zu denen auch ODU-Politiker wie Nuschke und Götting gehören, im Auftrag der SED-Regierung am Werke sind, um eine selbständige evangelische Kirchenorganisation in der Zone zu schaffen und mit der bisherigen gesamtdeutschen Bindung der Kirche auch westliche Einflussmöglichkeiten auf kirchlichem Gebiet in der Zone zu beseitigen. Nuschke hat bereits auf der letzten PAX-Tagung in Polen informative Gespräche über die Möglichkeit einer solchen sowjetzonalen "nationalen" Kirchenorganisation geführt, die dann später der Vertreter der Ev. Kirche bei der "DDR-Regierung", Propst Grüber, in Prag fortsetzte, um hier aus den Erfahrungen zu lernen, die man in der Tschechoslowakei mit sehr weitgehenden konkreten Massnahmen in dieser Hinsicht gemacht hat.

Für Pankow ist es von grösster Bedeutung, die leitenden Funktionen einer künftigen selbständigen Ev. Kirche der Sowjetzone mit der SED ergebenen Personen zu besetzen. Offensichtlich denkt man dabei mit in erster Linie an Propst Grüber, aber der Landesbischof von Thüringen, Mitzenheir, ist anscheinend ebenfalls unter jenen hohen Kirchenfunktionären der Zone, von denen sich die Pankower Regierung eine Kirchenpolitik ganz im Sinne der SED verspricht. Seit kurzer Zeit laufen in der Zone auch wieder von der SED gesteuerte Aktionen, die darauf hinauslaufen, linientreue Pfarrer sehr stark in den Vordergrund zu stellen.

Es zeigt das ganze taktische Spiel, zu dem sich selbst Kirchenleute der Zone zur Verfügung stellen, wenn ausgerechnet in den Augenblick, in dem die Evangelische Kirche Verhandlungen wegen der Angelegenheit der Ev. Bahnhofsmission mit der Zonenregierung aufgenommen hat, Propst Grüber, der offizielle Vertreter des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands in Pankow, in Urlaub geht. - Wer möchte noch bezweifeln, dass hier die Handlanger der deutschen Spaltung, wie sie jetzt auf kirchlichem Gebiet erstmalig zu Direktaktionen übergegangen sind, und kirchliche Taktiker im Schlepptau der SED gemeinsam am Werke sind?

Eine einzige Auseinandersetzung mit dem Arabertum

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der breite Raum von Marokko bis zum Persischen Golf hat jetzt Vorrang in der Weltpolitik. Das Südufer des Mittelmeeres bis in sein tiefes Hinterland hinein ist wie seine Sanddünen in eine ständige Bewegung geraten, die fast täglich neue Erscheinungen zu Tage treten lässt. In seinem äussersten Westen hat die marokkanische Unruhe sichtbar auf Span. Marokko, bisher eine ruhige Insel im Hexenkessel, übergriffen. In Tetuan explodierte die erste arabische Bombe, die nach einem Menschenalter gegen Spanier gerichtet war. In Melilla gab es den ersten arabischen Streik gegen Franco, überhaupt den ersten im Bereich Franco-Spaniens. Der alte Afrikaner Valinc sprach erstmalig mit seinen in Bedrängnis geratenen französischen Kollegen über gemeinsame Sorgen.

In Tunesien wurde eine zweite "erste" Bombe geworfen. Sie galt einer Neo-Destour-Filiale der Bourguiba-Richtung. Das bedeutet, dass der radikale Flügel der Neo-Destour das französisch-tunesische Abkommen zwischen Mandès-France und Bourguiba für überholt hält. Ausserdem wachsen die militanten Kräfte des nordafrikanischen Widerstandes über Protektorats- und Departementsgrenzen immer mehr zusammen. Schärfer als die derzeitigen Regierungskandidaten in Paris sehen erstaunlicherweise die Kolonialisten in Nordafrika die Lage: Separate Lösungen für die drei Einzelgebiete scheinen ihnen nicht mehr möglich, weil wegen der Geschlossenheit der arabischen Gegenbewegung überholt.

Dabei ist die nordafrikanische Front nur ein Ausschnitt aus dem Ringen des Arabertums um die Beseitigung letzter westlicher Machtinflüsse. Aus Libyen kam die bezeichnende Nachricht vom Auftauchen einer diplomatischen Vertretung der Sowjets. Dabei lebt König Idris ausschliesslich von westlichen Subsidien; denn libyscher Sand ist wertlos, nicht dagegen der Tripoliser Beobachtungsstand für die Sowjets, eine kurze Autofahrt vom amerikanischen Flugsitzpunkt Mehalla entfernt. Diese Groteske wird noch übertroffen von der anderen: Ägypten und Saudiarabien machten Jordanien das Angebot, die bisher von England geleisteten Zahlungen zu übernehmen; das angebotene Geld stammt aus den amerikanischen Jahresraten für das Aracco Öl und soll dazu dienen, Jordaniens Arabische Legion - 30 000 Mann - ihrem - 4 -

britischen Kommandeur Glubb-Pascha - und damit England - völlig abspenstig zu machen.

Der britische Botschafter in Djidda konnte sein Beglaubigungsschreiben an König Saud nicht an den Mann bringen und wurde nach London zurückgerufen. Des toten Ibn Sauds nicht weniger raffinierter Scharwenzel seit seinem Moskauer Besuch mit den Sowjets trotz des von ihm in der Praxis gehandhabten Feudalismus. Und der nicht weniger feudale König vom Jemen hat das gleiche Freundschafts- und Hilfsangebot von Moskau angenommen wie Saud. Auf dem Umweg über einen bilateralen Vertrag ist nun auch der Libanon, Heimat der grissensten orientalischen Kaufleute, in die Antibagdad-Koalition eingeschwenkt: auch aus geschäftlichen Gründen scheint es nicht mehr für Araber opportun zu sein, sich der Politik fernzuhalten.

Zwischen Casablanca und dem Persischen Golf sind die Dinge in's Schwimmen gekommen wie der ewige Sand. Vielleicht findet man noch eine neue Politik: sie hat nur dann Erfolg, wenn sie nicht mehr imperial auftritt, endlich auf bewaffnete Demonstrationen verzichtet und nicht politische Bedingungen an wirtschaftliche Hilfen knüpft. Es steht ein ganzer Zwischenkontinent auf dem Spiel. Sein Wert wird nicht nur durch 100 Millionen Araber, mit einer Sprache und einer Religion, repräsentiert, sondern auch durch strategische Lagen und Rohstoffe. Selbst die arabischen Feudalisten gehen jetzt arabische Wege, wie es Saudi-Arabien und der Jemen zeigt. Damit werden auch die bisherigen Verankerungen westlichen Einflusses unbrauchbar.

Die Sowjets sehen das Zerbröckeln alter kolonialer Positionen mit Behagen; in die Bresche stossen sie hinein. Doch das Entstehen der Bresche kommt nicht auf ihr Konto. Daran ist das Abendland selber schuld. Die Erkenntnis dessen ist die Voraussetzung für eine neue Politik des Westens zwischen Gibraltarenge und Persischem Golf. Denn die Lösung von Abhängigkeiten jeder Art steht heute auf dem grünen Banner des Propheten. Wer darauf seine Politik baut, kann Arabien noch zum Freund gewinnen. Denn es ist eine Realität südlich des Mittelmeeres.

Reformbedürftiges Frage- und Antwortspiel

Rt. Seit einiger Zeit hat der Präsident des Deutschen Bundestages eine Neuerung eingeführt, um den Verlauf der Fragestunden etwas weniger schleppend zu machen. Die Abgeordneten verlesen die Fragen nicht mehr - sie liegen ja ohnehin immer gedruckt vor - sondern der Präsident gibt ein kurzes Stichwort über den Inhalt der Frage und erteilt dann gleich dem antwortenden Minister oder Staatssekretär das Wort. Der Fragesteller kann anschliessend zu Zusatzfragen das Wort erhalten. Diese neue Handhabung ist der erste Schritt auf dem Wege zu einer Reform der Fragestunde, die unbedingt in Angriff genommen werden muss, wenn dieses kleinste parlamentarische Geschütz zu einer wirksamen Waffe im Kampf gegen Bürokratie, schleppende Verwaltung, Nachlässigkeit oder Unwissenheit der Regierung werden soll.

Seit der Einführung der Fragestunde nach abgewandeltem englischen Muster im Januar 1952, hat es sich erwiesen, dass der Bundestag Recht daran getan hat, diese Einrichtung zu übernehmen. Die Abgeordneten wissen, welches vorzügliche und dabei einfache parlamentarische Mittel ihnen damit in die Hand gegeben wurde. Sie stellen bis zu 40 Fragen für die einmal monatlich stattfindende Fragestunde, von denen aber meist nur einige zwanzig zur Beantwortung kommen, ehe die Frist von einer Stunde schlüpft. Es gibt kein Thema - ausser den Dingen, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen - das in der Fragestunde nicht angeschnitten werden könnte und angeschnitten wird. Der eigentliche Sinn der Fragestunde ist, wie Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier es neulich einmal formulierte: auf konkrete Fragen möglichst konkrete Antworten zu erhalten. So sind die erfreulichsten Fragen die, bei deren Beantwortung der Minister eine Zusage geben kann, oder deren Anliegen sogar schon erledigt ist.

In den letzten Monaten ist immer offensichtlich geworden, dass die Fragestunde der Reform bedarf. Der Geschäftsordnungsausschuss wird gut daran tun, an die Quelle der Weisheit zurückzukehren und das englische Vorbild noch einmal eingehend zu analysieren. In England liegen die Verhältnisse insofern anders, als das Parlament in Westminster für alle Einzelfragen zuständig ist. Dadurch fallen dort rein

sachlich mehr Fragen an, als in der föderalistischen Bundesrepublik. So findet in England vor jeder Parlamentssitzung die Question Time statt. Auch der Bundestag wird sich aber Überlegen müssen, ob er nicht mehr als eine Stunde im Monat für diesen Teil seiner Arbeit zur Verfügung stellen kann. - der Bedarf jedenfalls ist da. Es sollte nur in Einzelfällen vorkommen, dass eine "mündliche Anfrage" durch einen schriftlichen Bescheid erledigt werden muss, der dann in das Sitzungsprotokoll übernommen werden sollte, das die Frage enthält. Ausserdem müssten jedem Abgeordneten - nach dem Ermessen des Präsidenten - erlaubt sein - Zusatzfragen zu stellen, auch wenn die ursprüngliche Frage von einem Kollegen gestellt wurde. Im Unterhaus wird die Fragestunde durch diesen Brauch, an dem sich auch die führenden Abgeordneten beteiligen, äusserst lebendig. Bei solcher Praxis könnte auch bei uns die Zurückhaltung überwunden werden, die einige prominente Abgeordnete noch in der Fragestunde üben.

Diese grundsätzlichen Änderungen in Geschäftsordnung und Brauch der Fragestunde werden eingehend geprüft werden müssen, bevor sie eingeführt werden können. Eines aber könnte sofort geschehen: alle, die fragenden Abgeordneten und vor allem die antwortenden Minister, sollten sich in Kürze üben. Dass Herr Strauss die Gelegenheit der Fragestunde dazu benutzt, sich des längeren als Atomminister vorzustellen, ist eine Verkennung dieses Instrumentes, das an Wert gewinnt, je mehr es die Form eines parlamentarischen Gespräches annimmt.

+ + +

Der Umweg über Schwarz-Weiss-Rot

pr. Nichts kann die Tatsache aus der Welt schaffen, dass nach dem 27. Januar (vor 37 Jahren wurde dieser Tag übrigens zum letzten Male in Deutschland als "Kaisers Geburtstag" festlich begangen) eine, zwar noch embryonale westdeutsche Armee einem amerikanischen General und ein mitteldeutsches Heer einem sowjetischen Marschall unterstellt sein werden. An diesem 27. Januar wird die Sowjetzone bzw. die DDR, wie sie sich offiziell nennt, ihre bisherige kasernierte Volkspolizei als "Nationale Volksarmee" in die Gegen-NATO des Warschauer Militärbündnisses einbringen. In beiden Fällen gibt es noch keine Wehrpflicht, doch ist ziemlich sicher, dass sie kommen wird - hier wie dort.

Über die zwei deutschen Armeen, die jetzt entstehen, ist gerade

in den letzten Tagen viel gesprochen und geschrieben worden. Die eine soll, wenn sie steht, der Verteidigung der Freiheit dienen, so sagt man. Die andere ist heute bereits der militärische Vorspann einer politischen Diktatur, auch wenn diese sich mit verdächtiger Eifer immer wieder mit dem Pleonasmus, dem Doppelausdruck "Volks-Demokratie" schmückt. Es ist bei dieser Gelegenheit immer wieder auf die angebliche enge Verflechtung von altpreussischer Tradition und kommunistischer Gegenwart in eben dieser "Nationalen Volksarmee" hingewiesen worden, mit falschem Pathos auf der einen, ironisch-herablassend auf der anderen Seite. Dabei lassen sich auch in der Bundesrepublik Stimmen vernehmen, die mit psychologischer Begründung für eine stärkere Berücksichtigung der militärischen Tradition im äusseren Bild der neuen Streitkräfte eintreten.

In der Zone hat das Parteiorgan der SED "Das Neue Deutschland" nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die neuen Uniformen den "alten deutschen fortschrittlichen Traditionen" entsprechen (wenigstens der Begriff "fortschrittlich" musste hineingeschmuggelt werden), und hinzugefügt: "In ihnen kommt ebenfalls zum Ausdruck, dass ihre Träger - im Gegensatz zu den Söldlingen der Bonner Armee - als Söhne des Volkes auch seine Interessen vertreten und der Achtung und Hochachtung aller Werktätigen gewiss sind." Die propagandistische Absicht ist mit Händen zu greifen: Auf der anderen Seite stehen die "Söldlinge", in den eigenen Reihen die wahren Patrioten. Man scheute sich auch nicht, zu unterstreichen, dass die Arabesken und Goldstickereien auf den Kragenspiegeln und Ärmelaufschlägen der Generale "sich an Vorbilder aus der Zeit der Befreiungskriege" entlehnten. Das wird sozusagen als Trumpfkarte ausgespielt, und es ist ein Punkt, den man nicht einfach mit leichter Hand abtun darf, da^{er} grosses politisches Gewicht bekommen kann.

Ganz unverkennbar wird damit die Absicht der eigentlichen politischen Führung in Moskau - und zwar so deutlich, wie nicht mehr seit der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland noch während des Krieges - noch einmal den Umweg über die Farbe schwarz-weiss-rot zu versuchen und mit solchem Appell an das vaterländische Gefühl über den Eisernen Vorhang hinaus weit nach Osten zu wirken. Natürlich ist das im Grunde nichts als ein Trick und ein plumper dazu. Aber er ist dennoch gefährlich, weil in einem Volk, dem man seit zehn Jahren die staatliche Einheit vorenthält, zwangsläufig eine besondere Anfälligkeit für Parolen und Symbole des Patriotischen und Vaterländischen - 8 -

entsteht, auch für Auswüchse solcher Einstellung.

Schliesslich, so hofft man wohl, werde es auch zwischen Scharnhorst und Ernst Thälmann eines Tages zum inneren Ausgleich kommen. Darauf, dass das so schwer gebrannte deutsche Volk diesen Täuschungsversuch durchschaut und dem widersteht, was es eines Tages als schillernde Lockung ansehen könnte, sollte man sich im Westen nicht allzu sehr verlassen. Manche einsichtigen Beobachter, vor allem in den USA, haben das längst erkannt, ausgesprochen und zu neuen Wegen aufgefordert, dieser Gefahr zu begegnen. Es kann nichts schaden, wenn der 27. Januar und das, was an diesen Tage in Prag geschehen wird, neuen Anlass zu solcher Nachdenklichkeit gibt.

+ + +

Unauffällig, aber unschwerwiegend

Im Gedenken an Max Denker

Von Erwin Schoettle, MdB

Völlig unerwartet schied am Dienstagabend Max Denker, der Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Südwest, aus dem Leben. Weder eine schwere Krankheit, noch andere Anzeichen körperlichen Verfalls hatten seine Angehörigen und seine Freunde ahnen lassen, dass dieses arbeitsreiche Dasein so plötzlich zu Ende gehen würde.

Mit Max Denker verliert das politische Leben unseres Landes eine Persönlichkeit, die still und bescheiden an Werke war. Der Mann, der seit 1945 mit an der Spitze der Parteiorganisation der Sozialdemokraten im alten Lande Württemberg-Baden stand, und der diese Aufgabe auch nach dem Zusammenschluss in neuen Bundesland weiterführte, drängte nie in den Vordergrund. Seine Leistungen waren jedoch gerade deshalb besonders bedeutungsvoll.

Der gelernte Maschinenschlosser, der am 25. April 1893 in Stuttgart geboren wurde, erwarb sich durch eigene Anstrengungen ein reiches Wissen, das ihn befähigte, neben der vielseitigen Organisationsarbeit auch manchen Beitrag zur geistigen Klärung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu leisten. Fröhlich ist Max Denker in die politische und gewerkschaftliche Bewegung gekommen. Schon vor dem 1. Weltkrieg

gehörte er der Sozialdemokratischen Jugendbewegung an. Von Vater her, der selber aktiver Gewerkschafter war, wurde ihm die Arbeit in der Gewerkschaft eine Selbstverständlichkeit. In den aufgewühlten Zeiten nach der Revolution 1918 stand er als Vorsitzender des Arbeiterausschusses bei Dainler mitten in den schweren Auseinandersetzungen, die damals in den Reihen der Arbeiterschaft vor sich gingen.

Aus der ehrenamtlichen Arbeit wechselte Max Denker 1925 in die hauptamtliche Tätigkeit für die Sozialdemokratische Partei über. Das Jahr 1933 bedeutete für ihn wie für viele seiner Gesinnungsfreunde das vorläufige Ende der politischen Arbeit. Verhaftung, Arbeitslosigkeit, dann wieder Arbeit im Betrieb, Dienstverpflichtung während des Krieges nach Oberschlesien, Verlust von Wohnung und Besitz im Bombenkrieg, das sind die Stationen, die Max Denker im Dritten Reich passieren musste, ehe ihn wieder nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 die Aufgabe rief, am Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei mitzuwirken.

Nun begann die bedeutungsvollste Periode seines Lebens. Der überlegte, bescheidene Mann mit dem ausgeglichenen Temperament und dem abgewogenen Urteil trat bald an die Spitze der Parteiorganisationen, die sich überall im Lande wieder bildeten. In der Verfassunggebenden Versammlung des Landes Württemberg-Baden wurde sein Rat geschätzt. Aber als die Verfassung verabschiedet war, zog sich Max Denker wieder von der parlamentarischen Arbeit zurück und widmete sich ganz der organisatorischen Arbeit, aus der er nun so jäh und unerwartet herausgerissen worden ist.

Durch seinen Tod erleidet die Sozialdemokratische Partei einen schweren Verlust. Seine Freunde und alle, die mit dem Verstorbenen in politischen oder menschlichen Beziehungen standen, verlieren in ihm einen guten Kameraden und treuen Weggenossen. Seiner Gattin wendet sich unser aller Teilnahme zu.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau